

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

Postanschrift: Postfach 527, A-5010 Salzburg Telex: 633028 DVR: 0078182

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)

Chiemseehof

☎ (0662) 80 42 Durchwahl

Datum

wie umstehend

2428

10. OKT. 1988

Betreff

wie umstehend

An

1. das Amt der Burgenländischen Landesregierung  
Landhaus  
7000 Eisenstadt
2. das Amt der Kärntner Landesregierung  
Arnulfplatz 1  
9020 Klagenfurt
3. das Amt der NÖ Landeregierung  
Herrengasse 9  
1014 Wien
4. das Amt der OÖ Landesregierung  
Klosterstraße 7  
4020 Linz
5. das Amt der Steiermärkischen Landesregierung  
Hofgasse  
8011 Graz
6. das Amt der Tiroler Landesregierung  
Maria-Theresien-Straße 43  
6020 Innsbruck
7. das Amt der Vorarlberger Landesregierung  
Landhaus  
6901 Bregenz
8. das Amt der Wiener Landesregierung  
Lichtenfelsgasse 2  
1082 Wien
9. die Verbindungsstelle der Bundesländer  
beim Amt der NÖ Landeregierung  
Schenkenstraße 4  
1010 Wien
10. das Präsidium des Nationalrates  
Parlament  
Dr. Karl-Renner-Ring 3  
1017 Wien

|                        |             |
|------------------------|-------------|
| Betrifft GESETZENTWURF |             |
| Zl.                    | 58 -GE-9.88 |
| Datum: 17. SEP. 1988   |             |
| Verteilt: 18.10.88 fe  |             |

H. Puntner

zur gefl. Kenntnis.

Für die Landesregierung:  
Dr. Hueber  
Landesamtsdirektor

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

**AMT DER SALZBURGER LANDESREGIERUNG**

☒ Postfach 527, A-5010 Salzburg ☒ (0662)8042-2160 ☒ 633028 DVR: 0078182

An das  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Zahl (Bei Antwortschreiben bitte anführen)  
0/1-936/33-1988

Chiemseehof  
☎ (0662) 80 42 Durchwahl Datum  
2428/Dr. Hammertinger 10.10.1988

Betreff  
Entwurf einer Novelle des Überwachungsgebührengesetzes; Stellung-  
nahme .  
Bzg.: Do. Zl. 602/322/12-V/1/88

Zu dem mit dem obgenannten Schreiben versendeten Gesetzentwurf  
nimmt das Amt der Salzburger Landesregierung wie folgt Stel-  
lung:

Die vorliegende Novelle zum Überwachungsgebührengesetz wird damit  
begründet, daß die mit der ursprünglichen Beschlußfassung des  
genannten Gesetzes verfolgte Absicht, für die Überwachung pri-  
vater Veranstaltungen oder Vorhaben durch die Organe der öffent-  
lichen Sicherheitspolizei besondere Gebühren vorzusehen, durch  
die Formulierung des § 1 nicht erzielt worden sei. Durch das  
Erkenntnis des Verwaltungsgerichtshofes Slg. 11.590 A/1984 sei  
klargestellt worden, daß dann, wenn eine Veranstaltung oder ein  
Vorhaben ausschließlich oder überwiegend im öffentlichen Inter-  
esse gelegen ist, eine Gebührenpflicht für die Überwachung auch  
dann nicht entsteht, wenn die Überwachung selbst überwiegend im  
privaten Interesse des Veranstalters liegt. Dadurch sei ein  
Rechtszustand herbeigeführt worden, der der ursprünglichen  
Zielsetzung des Gesetzgebers völlig widerspricht. Durch die  
Neuformulierung des § 1 des Überwachungsgebührengesetzes soll das  
ursprünglich verfolgte Ziel, nämlich die Einhebung von Gebühren  
für polizeiliche Inspektions- und Überwachungsdienste, die

- 2 -

entweder im privaten Interesse von Parteien gelegen sind oder von diesen verursacht wurden, realisiert werden.

Auf Grund der gewählten Textierung des Art. I Z. 1 des Entwurfes entstünde nunmehr eine Gebührenpflicht jedoch selbst dann, wenn sowohl die Veranstaltung selbst als auch ihre Überwachung überwiegend (oder sogar ausschließlich) im öffentlichen Interesse gelegen sind. Diese Neuregelung ist grundsätzlich abzulehnen; eine Gebührenpflicht läßt sich mit dem öffentlichen Interesse der Veranstaltung nicht in Einklang bringen. Nicht unerwähnt soll bleiben, daß hievon vor allem auch Veranstaltungen von Ländern und Gemeinden betroffen wären.

Im übrigen wird darauf hingewiesen, daß das Wort "normalmäßig" im deutschen Sprachgebrauch unüblich ist und durch einen treffenderen Ausdruck ersetzt werden sollte.

Gleichschriften dieser Stellungnahme ergehen u.e. an die Verbindungsstelle der Bundesländer, an die übrigen Ämter der Landesregierungen und in 25 Ausfertigungen an das Präsidium des Nationalrates.

Für die Landesregierung:



Dr. Hueber  
Landesamtsdirektor